

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gepaltene Pefitzteile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 33 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 16. August 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Unsere Zeitung. — Die
Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung. — Zwischen
Sylla und Charvbbis. — Die deutschen Gewerkschafts-
kartelle 1917 (Schluß). — Die Kampffront. — Zur Ver-
schmelzungfrage. — Bericht der Sitzung der Schlichtungs-
kommission für das Braunschweiger Lederausrüstungs-
gewerbe. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. —
Soziales. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 18. bis 24. August
1918 ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Unsere Zeitung.

Gleichzeitig mit ihrer Zentralisierung schafften
sich die Gewerkschaften Deutschlands ein eigenes
Verbandsorgan, welches als ein Bindemittel der
Verbandsorgane untereinander und wiederum dieser
mit der Organisation gedacht war und in der
Folgezeit sich als solches auch bewährt hat. Dem
Verbandsorgan obliegt die Pflicht, die Verbands-
leitung bei Gewinnung neuer Mitglieder zu unter-
stützen, die Gewonnenen dauernd an die Organi-
sation zu fesseln und sie zu wirtschaftlichen Kampf-
genossen zu erziehen. Neben der Veröffentlichung
von Bekanntmachungen des Vorstandes an die
Ortsverwaltungen und Mitglieder, werden Be-
schlüsse der Gewerkschaftsinstanzen bekanntgegeben
und deren Beachtung den Mitgliedern empfohlen.
Der textliche Inhalt eines Gewerkschaftsblattes
soll gleichsam ein Spiegelbild des beruflichen und
allgemein wirtschaftlichen Lebens sein, aber kein
Ersatz irgendeiner Tageszeitung oder eines wissen-
schaftlichen Organs. In klarer und leichtverständ-
licher Form muß die Gewerkschaftszeitung zu allen
sozialpolitischen und oft zu rein politischen Fragen
Stellung nehmen, sobald das Wohl und Wehe der
Arbeiterklasse davon berührt wird. Bei der Rege-
lung des Arbeitsvertrages, bei Lohnbewegungen
und Tariffämpfen muß die Verbandszeitung
richtunggebend sein. Mit der Aufzählung dieser
Pflichten ist der Aufgabenkreis eines Gewerkschafts-
blattes noch lange nicht erschöpft. Je mehr
Sparten einer Gewerkschaft angehören, desto viel-
seitiger muß auch das Verbandsorgan ausgestattet
werden, um es allen Interessenten möglichst recht
zu machen. Das ist aber eine Kunst, die bekannt-
lich niemand kann, noch weniger ein Redakteur mit
allgemeiner Volksschulbildung, der auch nicht in
allen Sonderberufen, die in seinem Verkehrskreis
vereinigt sind, gearbeitet hat. Und wenn es anders-
läge, wären die Schwierigkeiten ebenso groß. Denn
die Technik ruht nicht. Maschinen, Rohmaterialien,
Arbeitsmethoden, die vor zehn Jahren gang und
gäbe waren, sind heute veraltet, werden immer
wieder erneuert, und so vollzieht sich ein steter Wan-
del. Darüber soll und muß ein Gewerkschaftsblatt
aber stets im Bilde sein. Wie vielgestaltig unsere
Zeitung sein könnte, darüber belehrt uns eine Auf-
zählung der in unserem Verbands vereinten Be-

rufe, die im einzelnen noch weiter spezialisiert
sind. Es kommen da in Betracht: Geschirr-, Mi-
litär-, Wagen-, Auto-, Treibriemen-, Galanterie-
sattler, Tischner, Kofferarbeiter, Portefeuille-,
Ledergalanteriearbeiter, Sattler in Fahrzeug-,
Kinderwagen- und Flugzeugwerken, Linoleum-
leger u. a. Dann kommt noch die Teilung in
Werkstatt- und Heimarbeiter in Frage, die Inter-
essen der männlichen, weiblichen und Jugendlichen
sind zu berücksichtigen. Der Lehrlingsfrage muß
stets wachsende Aufmerksamkeit geschenkt werden,
und bei alledem ist auch noch zu den wichtigsten
Vorgängen in der allgemeinen Arbeiter- und Kon-
sumgenossenschaftsbewegung Stellung zu nehmen.
Aber bleiben wir nur bei unseren eigenen Be-
rufsangelegenheiten. Die Rohstoffversorgung, die
Abzählmöglichkeiten der verschiedensten Fabrikate,
die Gestaltung des Außenhandels, alles ist in Er-
wägung zu ziehen, wenn es gilt, Tarif- und Lohn-
bewegungen einzuleiten, sie durch die Presse wirk-
sam zu fördern. Zu alledem müssen jetzt noch
die auf Grund des Belagerungszustandes bestehen-
den Zensurbestimmungen genau beachtet werden, soll
das Blatt an seinem regelmäßigen Erscheinen nicht
behindert sein.

Als Gradmesser, ob unsere Zeitung ihre Auf-
gaben bewältigt, dient die Kritik der regelmäßigen
Lezer und die Aufmerksamkeit, mit welcher die
darin veröffentlichten Artikel von der übrigen
Fachpresse und von maßgebenden Körperchaften
gelesen werden. Die täglich einlaufenden Dank-
schreiben unserer selbstgekauften Kollegen und Zei-
tungsbestellungen können ohne Ueberhebung als
Anerkennung gedeutet werden, die nicht zu trüben
ist, wenn einmal ein Kollege oder gar eine Ver-
waltungsstelle mit diesem oder jenem Artikel nicht
einverstanden ist und in kurzfristiger Weise der
Redaktion einen Zensur auf die Nase setzen möchte.
Ob eine Verbandsleitung sich zu solch einer Be-
schränkung der Meinungsfreiheit herbeiläßt oder
die Schriftleitung lieber abdankt, als sich so be-
vormunden zu lassen, steht auf einem anderen
Blatte. Jedem Mitgliede, wo es auch sei, steht
das Recht zu, seine Meinung, soweit sie sich mit
den Interessen unseres Verbandes vereinbaren
läßt und soweit sie in Beschlüssen der Verbands-
leitung ihren Stützpunkt findet, im Verbands-
organ zu äußern. Von diesem Recht darf auch die
Redaktion nicht ausgenommen werden. Das ist
Grundgesetz der Meinungsfreiheit, mit ihm steht
und fällt die Arbeit an einem Arbeiterorgan.
Dieser Vorzug gegenüber der bürgerlichen Presse
war stets unser Stolz und soll es auch in Zukunft
bleiben.

Mit alledem soll aber nicht gesagt sein, daß
der Inhalt unserer Zeitung nicht noch reichhaltiger
und den Bedürfnissen der Kollegenchaft noch besser
angepaßt sein könnte. Bei der Vielgestaltigkeit
der täglich neu auftauchenden Fragen auf sozialem,
politischem, technischem und beruflichem Gebiete,
Kultur, Kunst, Wissenschaft und nicht zuletzt die
Ernährungsfragen geben genügend Anlaß zu
geistiger Durcharbeitung. Unter unseren Mit-
gliedern gibt es eine ganze Reihe befähigter Kol-

legen, die schon aus wohlbedämmlicher Abwechslung
des ewigen Einerleis der Berufsarbeit zur Feder
greifen könnten und ihr Teil zur Ausgestaltung
„unserer“ Zeitung beitragen würden. Leider
haben alle dahinzueilenden Aufforderungen verjagt.
Nur zwei, drei Kollegen von rund 14 000 Mit-
gliedern erinnern sich gelegentlich einmal, daß sie
zur Mitarbeit berufen sind. Nicht einmal die
Schriftführer in den Ortsverwaltungen finden die
nötige Zeit zur Uebermittlung wichtiger Ver-
sammlungsbeschlüsse. Wer sich einmal nach dieser
Richtung hin bemühen will, wird in den 32 in
diesem Jahre erschienenen Nummern unserer Zei-
tung nur 18 eingefandte Versammlungsberichte,
diese auch wieder nur aus 8 Verwaltungen,
finden. Die übrigen 90 Schriftführer hatten in
den verfloffenen acht Monaten nicht ein einziges
Mal Zeit, ihrer Pflicht nachzukommen.

Nur Kritik üben, geharnischte Resolutionen
annehmen, ist wohl geeignet, hier und da Augen-
blicksstimmung hervorzurufen, nachhaltige gute
Wirkung wird nur durch vorbildliches Benehmen
erzielt.

Wir geben uns der angenehmen Hoffnung
hin, daß diese Feststellung als ernste Mahnung
aufgefaßt wird und wir auch einmal wie andere
Gewerkschaftszeitungen Beruhigungsstellen an un-
geduldig werdende Mitarbeiter verteilen können.
Der Erfolg wird sich dann auch bald zeigen. Die
Diskussion in den Versammlungen wird von
höherer Warte gepflogen. Meinung und Gegen-
meinung wird in würdiger Weise geäußert und
angehört. Ist nur jeder überzeugt, daß wir alle
nur das Beste für die Arbeiterklasse wollen, dann
sind wir schon ein gut Stück weiter auf dem Wege
unseres gemeinsamen Zieles.

Die Gewerkschaften in der Arbeiter- bewegung.

Recht zeitgemäß ist ein Aufsatz des Genossen
Stü hmer in den „Sozialistischen Monatsheften“
vom 6. August d. J., in welchem der Verfasser an
die Stellung der Gewerkschaften in der
Arbeiterbewegung erinnert. Im Knappen
Zügen gibt St. eine geschichtliche Darstellung der
Gründung von Zentralverbänden moderner Rich-
tung und ihrer Förderung durch die Sozialdemokra-
tische Partei und meint:

„Ob es doch keine andere politische Partei,
die sich der Verteidigung ihrer Rechte mit dem
gleichen Eifer annahm und so wie sie bemüht war,
die Arbeiterschutz- und die gesamte Sozialgesetz-
gebung fördern zu helfen. Zudem bestand zwischen
dem größten Teil der Gewerkschaftsmitglieder und
der Sozialdemokratie eine ideale Gemeinschaft der
Ziele, die über das Streben nach Verbesserung der
Lohn- und Arbeitsbedingungen weit hinaus ging;
sie wollten beide die bestehenden Verhältnisse, die
kapitalistische Gesellschaft, nicht berichtigt wissen, viel-
mehr der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital
überhaupt ein Ende machen.“

So bestand an sich gar kein Anlaß zu irgend-
welchen Streitigkeiten zwischen den beiden Zweigen
der Arbeiterbewegung, der wirtschaftlichen und der
politischen, deren jede ihr besonderes Arbeitsgebiet
hatte. Trotzdem ging es, wie wir wissen, niemals

ohne Neigungen zwischen ihnen ab. Es gab stets Prinzipienwächter in der Partei, die über die Tätigkeit der Gewerkschaften und ihrer Führer wachen zu müssen glaubten, sowie Genossen, die sie nur als ein notwendiges Übel ansahen. Man warf ihnen Sachimpulse vor und stellte Betrachtungen über die Grenzen der Gewerkschaftsmacht an. Aber dies alles hemmte die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen ebensowenig wie die Versuche, sie auf staatlichem, polizeilichem oder gerichtlichem Weg zu bergewaltigen. Warnende Stimmen erhoben sich innerhalb der Partei gegen den Abschluß von Tarifverträgen, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, das selbständige Eingreifen der Gewerkschaften bei sozialpolitischen Fragen. Man fürchtete, daß die Gewerkschaften auf Abwege geraten und dem Klassenkampf in der Bewegung Abbruch tun könnten. Ebenso ist der lange Kampf um die Neutralität der Gewerkschaften bekannt. Denn herrschte auch eine Ideengemeinschaft zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Partei, so machten die gewerkschaftlichen Verbände doch die Mitgliedschaft weder von einem politischen noch von einem religiösen Bekenntnis abhängig; sie waren in diesen Dingen so tolerant, wie es wirtschaftliche Organisationen sein können und müssen. Die Gewerkschaften lokaler Richtung, die ihre parteipolitische Stellung stärker betonten und der radikalen Flügel der Sozialdemokratie stärkeren wollten, konnten in der Arbeiterpartei nur wenig Boden gewinnen und verschwand schließlich, als sie ganz in ein antiparlamentarisch-syndikalistisches Fahrwasser gerieten, fast völlig von der Bildfläche.

Alle diese Streitfragen wie auch die Diskussionen über die Weisheit und den Generalstreik fanden endlich auf dem Mannheimer Parteitag 1906 ihren Abschluß. Dort wurde mit 386 gegen 5 Stimmen eine von Bebel eingebrachte Resolution angenommen, in der es folgendermaßen heißt:

„Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; sie sind nicht minder notwendig wie die Sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weiteren aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der Klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen. Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen. Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Es hat innerhalb der Partei nicht an Kritikern gefehlt, die mit dieser Resolution nicht einverstanden waren, weil sie darin einen Sieg der General-Kommission der Gewerkschaften und eine Unterwerfung des Parteivorstandes unter deren Willen erblickten. Aber es ist doch seitdem danach gehandelt worden, und zwar nicht nur bis zum Beginn des Weltkrieges, sondern auch nach seinem Ausbruch. Wenn die Gewerkschaften die politische Stellungnahme der Partei am 4. August 1914 gutgeheißen haben, so ist das nur eine logische Folge der Mannheimer Resolution, und man hätte sie auch deshalb nicht angegriffen, wäre nicht in der Partei die unglückselige Spaltung eingetreten. Nach der Spaltung machten die Führer der Unabhängigen der General-Kommission und der Gewerkschaftsvorstände den Vorwurf, sie hätten sich nicht neutral verhalten, sondern nach wie vor die Politik der alten Sozialdemokratischen Partei unterstützt. Dieser Vorwurf wird aber meistens von denen erhoben, die früher die Neutralität der Gewerkschaften bekämpft hatten, weil sie dadurch eine Verimpfung und Verflüchtigung und die Vernachlässigung des Klassenkampfes befürchteten. Als im Jahr 1900 einmal wieder eifrig über dieses Thema gestritten wurde, schrieb Karl Kautsky unter anderem:

„Über man glaube ja nicht, daß bei dem engern Zusammenfluß von Gewerkschaften und Sozialdemokratie die ersteren nur die nehmenden sind, die letztere bloß gibt. Nein, die Sozialdemokratie

bedarf ebenso sehr der Hilfe der Gewerkschaften wie diese der Hilfe der Partei, und wenn die ökonomische Entwicklung diese immer mehr auf die Unterstützung durch die Parteipolitik hinweist, so wird jene durch die politische Entwicklung immer mehr auf die Unterstützung durch die Gewerkschaften hingewiesen.“

Dieser Satz gilt noch heute. Deshalb wissen wir sehr gut, daß die Unabhängigen es mit der Forderung der Neutralität der Gewerkschaften gar nicht so ernst meinen, sondern nichts dagegen einzuwenden hätten, wenn die Instanzen, die sie heute so sehr bekämpfen, für ihre Richtung eingetreten wären. Sie haben es ja öffentlich ausgesprochen, daß ihr Streben dahin geht, die Mehrheit in den Gewerkschaften zu bekommen, um ihrer Politik dort Geltung zu verschaffen. Daß sie heute in der Minorität sind, trotz ihrem fortgesetzten Appell an die Mitglieder, das haben die Diskussionen und Beschlüsse der Verbandstage während des Krieges bewiesen. Die Unabhängigen behaupten zu Unrecht, die Instanzen hätten die Mitglieder nicht hinter sich. Bisher hat noch stets die Mehrheit der Mitglieder die Richtung bestimmt, die eingeschlagen werden sollte. Nichtsdestoweniger sind die Gewerkschaften noch so neutral, wie sie es immer waren, tolerant gegen jede politische und religiöse Ueberzeugung, soweit die gewerkschaftliche Einigkeit und Tätigkeit dadurch nicht gestört wird.

Im übrigen waren die Leitungen der Gewerkschaften auch während des Krieges stets bestrebt, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren, und sie werden es auch in Zukunft sein. Sie werden alles aufbieten, um zu verhindern, daß der politische Meinungsstreit innerhalb der Gewerkschaften ausgetragen wird. Sie wissen, daß die Unternehmer, namentlich in der Großindustrie, sich jetzt schon zu den uns nach dem Kriege bevorstehenden wirtschaftlichen Kämpfen rüsten, daß es also notwendig ist, alle Kräfte zusammenzufassen, um dem Gegner geschlossener entgegenzutreten zu können. Nur durch eine organisatorische Konzentration werden die Gewerkschaften die Aufgaben erfüllen können, vor die sie sich nach dem Krieg gestellt sehen werden; und deren wichtigste die produktive Anteilnahme an dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft überhaupt ist.“

Zwischen Szylla und Charybdis.

J. R. Die altgriechische Sage erzählt von zwei Meerungeheuern, der Szylla und der Charybdis, die dem Schiffer die Durchfahrt durch eine Meerenge verperrten, und ein altrömischer Dichter hat den Satz geprägt, daß der Schiffer, der die Charybdis vermeiden will, von der Szylla verschlungen wird. An dieses poetische Bild wird man erinnert, wenn man sich die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege vor Augen führt.

Die gegenwärtige Kriegswirtschaft mit ihrem Bürokratismus, ihren Halbheiten und inneren Widerständen laßt wie ein Alp auf unserem Volke, sie hat die Hoffnungen enttäuscht, die man auf sie gesetzt hatte, und sie hat nirgends befriedigt. Das einzige Gute, das man ihr nachsagen kann, ist, daß die Verhältnisse ohne sie noch viel schlimmer geworden wären, aber auch das wird von verschiedenen Seiten bestritten. Da ist es dem kein Wunder, daß alle Welt das Ende der Kriegswirtschaft herbeisehnt, und daß ihr niemand eine Kränze nachweihen wird.

Allerdings ist es nicht damit getan, daß über kurz oder lang mit der Kriegswirtschaft Schluß gemacht wird, es wirft sich vielmehr die sehr ernste und wichtige Frage auf: Was nun? Soll die freie Industriegewirtschaft einfach wieder eingesetzt oder soll auch nach dem Kriege eine auf dem Zusammenarbeiten und der Organisation beruhende Wirtschaftsweise beibehalten werden? Will man die Erzeugung und Verteilung der Gebrauchsgüter dem schrankenlosen Spiel der Kräfte überlassen oder erscheint es richtiger, durch behördliches Eingreifen eine zwangsweise Regulierung unseres wirtschaftlichen Lebens vorzunehmen? Das ist die Frage, von deren Beantwortung die Zukunft unseres Volkes abhängt. Aber diese Frage muß beantwortet werden, wenn unser Schiff unbehindert durch die Klippen und Hindernisse hindurchsegeln soll, die ihm von allen Seiten drohen.

Die Vertreter einer schrankenlosen Wirtschaftsfreiheit erheben gegen die Zwangswirtschaft schwere Vorwürfe, die sich nicht einfach durch eine Handbewegung beiseiteschieben lassen. Sie behaupten, daß eine freie Zwangswirtschaft der Gefahr der Bürokratisierung und Verkümmern ausgesetzt sei, daß sie zu schwerfällig und zu kostspielig arbeite, daß sie die persönliche Tatkraft, Schaffensfreude und Unternehmungslust ersticke, daß sie die Selbsttätigkeit, die wichtige Triebkraft im wirtschaftlichen Leben, erlöte und das private Interesse lähme, daß sie das frisch pulsierende Leben unseres Volkes in den Rahmen eines starren Schematismus einspanne und so jeden Fortschritt und jedes Vorwärtstreben hemme. Diese Vorwürfe, die sie durch zahlreiche unangenehme Begleiterscheinungen unserer Kriegs-

wirtschaft zu beweisen suchen, sind sicherlich in ihrer Allgemeinheit übertrieben, bergen aber doch einen Kern von Wahrheit in sich. Hieraus erklärt es sich, daß der Ruf nach einer Beseitigung der Kriegswirtschaft immer lauter erhoben wird, und daß selbst solche Kreise in ihn einstimmen, deren geschäftliche Geldbeutelinteresse dabei nicht in Frage kommt. Man ist heute bereits soweit gekommen, daß man das Kind mit dem Bade ausschüttet und kurzerhand die freie Wirtschaft wider auf den Thron setzen will. Die Reichsregierung selbst hat — wenigstens theoretisch — dieser stark anschwellenden Strömung Rechnung getragen, indem sie durch den Mund des Unterstaatssekretärs Dr. Göppert vor dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe bei einer Beratung der Ueberführung unserer Kriegs- in die Friedenswirtschaft erklärte ließ, daß es sich für uns vorläufig nur darum handeln könne, unsere Kriegswirtschaft in jene Friedenswirtschaft überzuleiten, wie sie vor dem 30. Juli 1914 bestanden habe. Es scheint also die Bewegungsfreiheit und das freie Spiel der Kräfte auf wirtschaftlichem Gebiete als das Ideal der Zukunft zu gelten.

Demgegenüber machen die Vertreter einer organisierten Gemeinwirtschaft schwerwiegende Bedenken geltend. Sie werfen die Frage auf, ob man es denn wirklich wagen wolle, unsere Gütererzeugung und Güterverteilung dem freien Spiel der Kräfte auszuliefern. Ob man es wagen wolle, die Versorgung unseres Landes mit ausländischen Rohstoffen einschließlich der Verteilung der Rohstoffe an die großen und kleinen Fabrikanten dem Ermessen der Importeure und der Schiffsahrtsgesellschaften anheimzustellen? Sollen wir es wirklich darauf ankommen lassen, welche Rohstoffe und in welchem Quantum sie eingeführt und zu welchen Preisen sie geliefert werden? Soll es gebildet werden, daß die wirtschaftlich starken Betriebe sämtliche Rohstoffe an sich reißen und die schwachen Betriebe einfach ausschalten? Diese Fragen aufwerfen heißt sie berainen. Und wie sollen sich auf dem inländischen Warenmarkte die Verhältnisse gestalten, wie sollen sich die Preise bilden, wie sollen die Verbraucher gegen die Erzeuger der Erzeuger und Händler geschützt werden? Wie denkt man sich überhaupt den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens und die so wünschenswerte Erstarbung unserer Volkswirtschaft? Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Sorge für das Gemeinwohl eine planmäßige Organisation unserer Wirtschaft nach dem Kriege dringend fordert. Es klingt ja in der Theorie sehr gut, wenn gesagt wird, daß das Interesse der einzelnen mit dem Interesse der Allgemeinheit zusammenfalle, und daß letztere am besten gewahrt werde, wenn jeder einzelne sein persönliches Interesse vertrete, aber in der Praxis verläuft die Sache ganz anders. Das wird im Ernste doch niemand bestreiten wollen, daß wirtschaftliche Organisationen staatlicher, gemeindlicher und genossenschaftlicher Art vorhanden sein oder geschaffen werden müssen, wenn unser Wirtschaftsleben gedeihen soll. Das hat man sogar in England eingeführt, wo seit Jahrzehnten die Wirtschaftsfreiheit als unantastbares Dogma gilt, denn in dem zur Regelung der Uebergangswirtschaft gebildeten Ausschuß hat man grundsätzlich anerkannt, daß die individualistische Wirtschaftsweise durch ein System der Zusammenarbeit und der Organisation ergänzt oder völlig ersetzt werden müsse.

Man braucht die Gefahren, die eine Organisation und Zentralisierung unserer Wirtschaft in sich birgt, durchaus nicht zu verkennen und wird doch zugeben müssen, daß die Individualisierung auf wirtschaftlichem Gebiete den Ruin unseres Volkes bedeutet. Darum gilt es heute mehr denn je, unser Wirtschaftsschiff durch die Szylla der bürokratischen Zwangswirtschaft und die Charybdis der individualistischen Erwerbsgier mit festerer Hand hindurchzuführen. Wenn überall die nötige Einsicht und der gute Wille vorhanden ist, so wird es gelingen, eine Wirtschaftsweise zu schaffen, die die Fehler dieser beiden Extreme vermeidet oder ihre Vorzüge in sich vereinigt.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle 1917.

Eine der kostspieligsten Einrichtungen der Kartelle bilden die Gewerkschaftshäuser, die den Gewerkschaften am Ort als Konzentrationspunkt dienen. Die Statistik von 1917 weiß das Bestehen von 69 Gewerkschaftshäusern auf, davon sind 41 auf eigenem Grundstück errichtet und in 28 Fällen handelt es sich um Pacht- oder Mieträume. Daneben wurden von 10 Kartellen Veramlungssäle unterhalten. Vorzüge zur Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder ist von 192 Kartellen getroffen worden. 28 Herbergen, die meistens einen Bestandteil der Gewerkschaftshäuser bilden, befinden sich in eigener Regie der Kartelle und an 164 Orten erfolgt die Beherbergung von Reisenden in Gastwirtschaften nach bestimmten Vereinbarungen, deren Innehaltung von den Kartellen überwacht wird.

Von den an der Statistik beteiligten 453 Kartellen besitzen 342 gemeinsame Bibliotheken und 82 unterhalten Lesezimmer. Bildungsanstalten bestehen an 240 und Jugendkommissionen an 214 Orten. Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsfachen sind an 61 Orten, Kommissionen für die Bekämpfung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber an 21 Orten und Bauarbeiterchutskommisionen an 110 Orten eingerichtet. Referentennachweise unterhalten 25 Kartelle.

Die Kosten der Kartelle werden in der Regel aufgebracht durch Beiträge der angeschlossenen Gewerkschaften, die pro Mitglied und Jahr berechnet werden. Es bewegen sich die Beitragsätze zwischen 20 Pf. und 6,80 Mk. pro Jahr und Mitglied. Den niedrigsten Beitragsatz erheben 23 Kartelle, denen 10 289 Mitglieder = 1 Proz. der Gesamtzahl angehören sind. Der höchste Anteil der Mitglieder fällt auf die Beitragsleistung von 21—39 Pf., es fallen darunter 183 738 = 17,5 Proz. In dieser Beitragsklasse rangiert das Berliner Gewerkschaftskartell mit 168 383 Mitgliedern und einer Beitragsleistung von 30 Pf. Der Zahl der Kartelle nach ist die Beitragsleistung von 60 Pf. am stärksten vertreten, sie wurde von 83 Kartellen mit zusammen 63 678 angeschlossenen Mitgliedern = 6,2 Proz. erhoben. Ueber den Satz von 2 Mk. hinaus erheben 24 Kartelle Beiträge. Den höchsten Satz mit 6,80 Mk. erhebt Rostock. Es folgen dann die Kartelle Mensburg und Wernigerode mit je 5,20 Mk. und Goslar mit 3,60 Mk. Die Durchschnittsbeitragsleistung beträgt 1,07 Mk., sie ist gegen das Vorjahr um 22 Pf. geringer. 12 Kartelle erheben keine Beiträge; soweit diese Kartelle Ausgaben hatten, wurden sie aus den Kassenbeständen bestritten.

Angaben über die Kassenverhältnisse machten von den 453 an der Berichterstattung beteiligten Kartellen nur 430. Diese hatten zusammen eine Einnahme von 1 044 453 Mk. und eine Gesamtausgabe von 1 046 215 Mk. Die Ausgabe überstieg die Einnahme um 1762 Mk., die Kassenbestände dieser Kartelle gingen infolge dieser Mehrausgabe von 589 578 Mk. am Schlusse des Jahres 1916 auf 587 816 Mk. am Schlusse des Jahres 1917 zurück. Von den Einnahmen des Jahres 1917 entfallen 608 916 Mk. auf Beiträge und 435 537 Mk. auf sonstige Einnahmen. Unter den Ausgabenposten steht die Ausgabe für Sekretariate und Rechtsanwaltsstellen mit 513 593 Mk. (1916: 468 105 Mk.) an erster Stelle. Dieser Ausgabeposten ist um 45 488 Mk. höher als im Vorjahre. Der nächstgrößte Posten kommt dann auf Gewerkschaftshäuser und Versammlungsäle mit 126 170 Mk. (165 296 Mk.) für Herbergen und Arbeitsnachweise wurden 21 956 Mark (25 666 Mk.) verausgabt. Die Pflege der Bildungsbestrebungen, Bibliotheken, sonstige Bildungszwecke und Jugendbildung erforderten eine Gesamtausgabe von 102 063 Mk. (120 756 Mk.). Für Agitation wurden 21 180 Mk. und an Verwaltungskosten 124 050 Mk. (147 789 Mk.) verausgabt. Von 30 Kartellen wurden im Jahre 1917 zusammen 22 021 Mk. zur Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen aufgebracht.

„Der Gewerbeverein“, das Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, gibt in der Nr. 23/24 des Jahrgangs 1918 eine summarische Uebersicht über den Bestand seiner Ortsverbände. Danach bestanden am Schluß des Jahres 1917 203 Ortsverbände, von denen 148 einen Bericht einfanbten. Diefen berichtenden Ortsverbänden waren Ende des Jahres im ganzen 917 Ortsvereine angeschlossen gegen 897 am Beginn des Jahres. Es ist demnach bei den berichtenden Ortsverbänden ein Zuwachs von 20 Ortsvereinen erfolgt. Die gesamte Mitgliederzahl der berichtenden Ortsverbände betrug Ende 1917: 42 091 gegen 28 709 am Beginn des Jahres. Die Mitgliederzahl steigerte sich demnach um 13 382 = 46,8 Proz. 65 im Geltungsbereich der berichtenden Ortsverbände bestehende Ortsvereine stehen den Ortsverbänden fern. Die 148 berichtenden Ortsverbände haben zusammen 333 Vertreter in den Vorständen der Krankenkassen, als Gewerbegechäftsleiter fungieren 83 Mitglieder. Die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes geschaffenen Schlichtungsausschüsse im Bezirk der Ortsverbände sind durch 28 Gewerbevereiner befest, die Arbeiterschüsse durch 89 Mitglieder.

Von den Christlichen Gewerkschaften liegt eine Uebersicht über den Bestand der Ortskartelle nicht vor.

Die eingetretene Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung kann wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die Arbeiterschaft wieder mehr von dem Gefühl des gemeinsamen Handelns erfaßt wird und im Zusammenschluß mit den Klassenangehörigen, in dem Eintritt in die Berufsorganisation, die sicherste Wahrung ihrer Lebensinteressen erblickt. Wie notwendig die Förderung dieser Erkenntnis bei den Arbeitern ist, zeigt die gerade während des Krieges stark zunehmende Konzentration der Kapitalmächte und der damit verbundene größere Machtzuwachs des Unternehmertums. Wir haben alles zu tun, dieser

wirtschaftlichen Macht gegenüber eine starke, geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse zu schaffen, und alles zu unterlassen, was diese Geschlossenheit lockern und untergraben könnte. Zu dem einheitlichen Aufbau der Gewerkschaften gehören auch die Kartelle. Die Lösung gemeinsamer Aufgaben auf örtlichem Gebiete, im Interesse der Förderung der gesamten Gewerkschaftsbewegung, führt die verschiedensten Gewerkschaften zu gemeinsamer Tätigkeit zusammen. Möge es den Gewerkschaftskartellen beschieden sein, in Wäde in ihrem örtlichen Wirkungskreise in voller Einmütigkeit mitzuarbeiten an den großen Aufgaben des Friedens.

Die Kampffront.

Die lange Dauer des Krieges hat auf wirtschaftlichem Gebiete Verhältnisse zutage gefördert, die sich zum großen Teil überhaupt nicht mehr beseitigen lassen. Neue Verhältnisse, die neue Richtlinien ergeben, sind entstanden, denen sich die Arbeiterbewegung anpassen muß. Welcher Art die Verhältnisse sind, die uns nach dem Kriege erwarten, darüber dürfte es wohl innerhalb der Arbeiterschaft große Meinungsverschiedenheiten nicht geben. Gleichzeitig dürfte aber auch der Krieg in radikaler Weise fördernd dahin gewirkt haben, daß der überaus größte Teil der Arbeiterschaft zu der Ueberzeugung kam, daß nur dann bessere Lebensbedingungen geschaffen werden können, wenn die Arbeiterschaft geschlossen auftritt, damit Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete nicht mehr in dem Schneidentempo erfolgen, das wir dulden mußten, wenn reaktionär gesinnte Schichten die Macht in den Händen hatten.

Eine zielbewußte Arbeiterbewegung, die auf Reformen auf den verschiedenen wirtschaftspolitischen Gebieten hinarbeitet, haben wir; aber wir brauchen noch weitere Kreise des Volkes, die sich in die Kampffront der Arbeiterbewegung einreihen lassen, die selber voll und ganz für diese notwendigen Reformen eintreten. Dafür aber heißt es, das Volk heranzuziehen, damit eine gute Ernte die Mühen kröne. Eine Hauptaufgabe der Organisationen liegt also in dem Erziehungswerk, das am Arbeiter selbst zu leisten ist.

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage: die Zukunft der Arbeiterbewegung liegt in der Jugend. Denn gerade die Jugend ist ja die Erbin unserer Gedanken und Probleme. Sie soll einmal das Werk weiterbauen, wofür wir jetzt die Steine zusammentragen. Erziehung der Jugend! Ein überaus wichtiger Punkt. Wieviel geht dadurch verloren, daß dieser Aufgabe zu wenig Beachtung geschenkt wird. Von seiten der Organisationsleitungen wird dieser Frage zwar genügend Beachtung geschenkt, aber in der Arbeiterschaft selbst ist der Widerhall zu schwach. Ist es doch so wahr, was das alte Sprichwort sagt: „Was Häschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.“ Wäre es nicht viel leichter, die für die Sache der Arbeiterbewegung zu gewinnen, starke Pioniere in ihnen zu haben, die von ihren Eltern zu tüchtigen, selbständigen Charakteren herangezogen sind. Heranbildung der Eltern zur Jugendbeziehung in proletarischem Sinne, Erziehung der reiferen Jugend in geeigneten Organisationen, das sind zwei schöne große Aufgaben, zu deren Verwirklichung wir immer mehr hinarbeiten müssen. Sie vernachlässigen heißt, das eigene Werk zur Danaidenarbeit erniedrigen.

Freilich soll das Erziehungswerk nicht etwa darin bestehen, daß sogenannte „Aufklärungsarbeit“ getrieben wird. Hier darf es nicht heißen: Der Zweck heiligt die Mittel. Damit führt man den Organisationen wohl für den Augenblick Mitglieder zu, aber man schafft nicht überzeugte Gewerkschaftler. Nicht frühreife Vurschen, sondern charaktervolle junge Leute brauchen wir. Man soll die Jugend nicht in wissenschaftliche Streiffragen hineinziehen, sondern soll sie zu selbstloser Zusammenarbeit anhalten. Die Organisation, das Streben, durch sie zu besseren Lebensbedingungen zu kommen, muß dem Arbeiter zur zweiten Natur werden, und jeder, der heute die Notwendigkeit der Organisationen durch seine Mitgliedschaft anerkannt hat, ist verpflichtet, dahin zu wirken, daß auch die Jugend in unsere Kampffront eingereicht wird.

Sehen wir mit dem nötigen Ernst, den die Lösung dieser großen Aufgabe erfordert, an dieselbe heran, sehen wir unsere ganzen Kräfte für das Gelingen dieser Arbeit ein, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Stärker denn je werden die Gewerkschaften dastehen, und den wirtschaftlichen Mäten und Sorgen der Zukunft wird die Arbeiterschaft ruhig ins Auge sehen können.

Paul Schäfer, Mainz.

Zur Verschmelzungsfrage

nimmt ein Aufsatz im „Korrespondenz-Blatt“, dem Verbandsorgan der Tapezierer, erneut Stellung. Darin wird nach einigen prinzipiellen Ausführungen u. a. gesagt:

„Vor dem Kriege hatte der Tapezierer bei Ausübung seines Berufes wenig Verbindung mit dem Sattler. Naam unser Kollege Arbeit an in größeren Betrieben, die dem Bereich des Sattlerverbandes beruflich zugehörten, z. B. im Waggon- oder Autobau, so regelte der zuletzt vereinbarte Gegenständigkeitsvertrag den Uebertritt, und umgekehrt trat der Sattler, welcher als Polsterer in unseren Werkstätten Arbeit fand, in den Spezialbuden für Ledermöbel, beim Schiffsbau usw., über in unseren Verband. So wurden die Grenzfreiheiten geregelt, und groß war die Zahl der Uebertritte auf feiner Seite. Und auch im Kleingewerbe waren die Verührungspunkte nicht so zahlreich, daß in unserm Verband an ein Aufgeben unserer Selbständigkeit gedacht wurde, um sich mit der Organisation der Sattler zu verschmelzen.“

Seit vor dem Kriege Verührungspunkte zwischen beiden Verbänden bestanden, wurde in unserm Wirkungskreis im Westen Deutschlands möglichst Annäherung und Verbindung zwischen Sattler- und Tapeziererverband gesucht und gefördert. Noch bis zum Ausbruch des Krieges wurde in verschiedenen Heinen Zahlstellen gemeinsame Versammlungs-, auch Agitationsarbeit geleistet, in den Großstädten mit feinen spezialisierten Betrieben hatte jeder Verband sein Arbeitsfeld.

Da kam der Krieg und in ausgedehnter Rüstungsindustrie fanden die arbeitslos gewordenen Tapezierer in größerer Zahl dort Beschäftigung. Eine Umfrage 1915 stellte fest, daß etwa 50 Prozent unserer Berufsangehörigen in der Rüstungsindustrie in den Sattlerbetrieben in Arbeit standen. Sehnsüchtig warten wir alle auf das Ende dieses Krieges; was wird uns der Frieden bringen? Wird er so geschlossen, daß er weitere Rüstungen für den kommenden Krieg in sich birgt, dann wird es für unseren Beruf so schlimm, als es für die Rüstungsindustrie auf Jahre hinaus drängende und lohnende Aufträge gibt, und tausende unserer Mitglieder werden dort nach wie vor Unterfrucht suchen und finden. Käme es aber zu einer Verständigung in der Abrüstungsfrage, so steigen auch wieder die Aussichten für unser Gewerbe bezüglich der Beschaffung der Rohmaterialien und damit auch der Arbeitsaufträge, und im Sattlerberuf werden die eigenen Berufsangehörigen ihre Arbeit bald selbst bewältigen können. Erst durch den Krieg wurde die Frage der Verschmelzung mit dem Sattlerverband zwingender, entscheidend wird sie erst durch den Stand der Dinge nach dem Kriege. Wird unser Beruf von seiner bisherigen Entwicklung abgedrängt, ist es selbstverständlich, bei der Organisation Anknüpfung zu suchen, die als verwandter Beruf unsere Kollegen in größerer Zahl auffaßt, und das wird dann eben nur der Sattlerverband sein können.

Könnte aber für uns die Entwicklung in der Richtung weitergehen, wie sich die Anfänge dazu vor dem Kriege zeigten, verschwinden auch die Verührungspunkte mit dem Sattlerverband immer mehr. Eine immer weiter um sich greifende Spezialisierung und in den Spezialbranchen sich noch weiter entwickelnde Arbeitsteilung machte es möglich, daß sich kapitalträchtige Unternehmer und Kaufleute fanden, und verjüngten die Produktion in fabrikmäßige Bahnen zu lenken. Unsere Kollegen fanden gemeinsame Interessen mit anderen Berufen, den Holzarbeitern, den Bauarbeitern, und die Fühlung mit den Sattlern schwand mehr und mehr. Ist auch das Kleingewerbe im Beruf noch vorherrschend, hat jedoch die Zahl der in Großbetrieben Beschäftigten schon ziemlich zugenommen. Unsere letzte Berufsstatistik 1913 erfaßte 13 800 Gehilfen oder 80 Prozent der im Berufe Beschäftigten, davon waren 2800 Kollegen in 646 Betrieben der Holzindustrie tätig, etwas über 700 Kollegen waren beschäftigt in den Werkstätten der Waren- und Kaufhäuser, in Hotels, Krankenanstalten, Theatern usw. Nach Berufen geordnet waren gezählt 7349 Polsterer, 843 Dekorateur, 3980 Rundschafftsarbeiter, 1140 Kleber und Limoleumleger. Die letztere Branche hat natürlich mehr Verührungspunkte mit dem Baugewerbe, während die Arbeiter in den Möbelfabriken dem Holzarbeiter zuneigten. Sollte durch die Nachwirkungen des Krieges unser Beruf tatsächlich so erschüttert werden, daß alles dieses nicht mehr in unserer eigenen Berufsorganisation zusammengehalten werden kann, dann müssen wir unter allen Umständen Zuflucht bei verwandten Berufen suchen.“

Bericht der Sitzung der Schlichtungskommission für das Braunschweiger Lederausrüstungsgewerbe.

Herr Bewig als Vorsitzender leitete die Sitzung am 5. August. Die Arbeiterinnen der Firma Siegmund, die 1917 bei dieser Firma auf Instandsetzungsarbeiten beschäftigt gewesen sind, erhielten einen Stundenlohn von 27—38 Pf., die Arbeiter einen solchen von 60—90 Pf. Jetzt, nachdem sie schon

6 Monate nicht mehr bei der Firma beschäftigt sind, haben sie beim Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses für das Hilfsdienstgesetz Herrn Schöle ihre Forderung eingereicht. Es verlangen die Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 45, die Arbeiter einen solchen von 95 Pf., was weniger gezahlt wurde, soll auf die Zeit eines jeden dort beschäftigt gewesen nachgezahlt werden. Die Angelegenheit war vom Schlichtungsausschuss des Hilfsdienstgesetzes an die örtliche Schlichtungskommission verwiesen. Von der Schlichtungskommission war Herr Siegmund als Arbeitgeber, Herr Michus als Vertreter der klagenden Arbeiter, Fräulein Brinkmann als Vertreter der Arbeiterinnen geladen und erschienen. Zunächst wurde über die Forderung der Arbeiterinnen verhandelt, dieselben haben teilweise als Näherinnen und Hilfsarbeiterinnen gearbeitet, Herr Siegmund erklärt, auf die Forderung nicht eingehen zu können. Da derselbe trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden keinen Gegenvorschlag macht, gibt Herr Bewig bekannt, daß die Schlichtungskommission die Forderung von 45 Pf. pro Stunde als berechtigt anerkennt und verurteilt Herrn Siegmund das weniger bezahlte nachzuzahlen. Den Arbeitern will Herr Siegmund 80 Pf. zahlen, dieselben beharren bei ihrer Forderung von 95 Pf. pro Stunde, nach kurzer Diskussion macht die Kommission den Vorschlag von 90 Pf. pro Stunde, welcher von beiden Parteien angenommen wird.

Es wurde festgelegt, daß jeder bei der Firma beschäftigt Gemeine, welcher sich der Klage noch nicht angeschlossen hat, selbige bis Montag, den 12. d. M. bei Herrn Bewig nachzuholen hat, spätere Forderungen bleiben unberücksichtigt. Herr Siegmund wird dann die ganzen Stunden eines jeden einzelnen ausziehen und dem Vorsitzenden zustellen, er stellt der Schlichtungskommission die Nachprüfung frei. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wurde anheimgegeben, in Zukunft zur rechten Zeit ihre Ansprüche geltend zu machen und besser ihre eigenen Interessen zu vertreten, um der Schlichtungskommission ihre Arbeit zu erleichtern und klare Verhältnisse zu schaffen.

Aus unserem Beruf.

Wie sind Portefeullesleder aus Zidel- und Lammfellen zu bewerten? Diese Frage hat die Gutachterkommission für Lederhöchstpreise wie folgt beantwortet: Für gefärbte Leder jeder Verbart aus Zidel- und Lammfellen (mit Ausnahme der sämischgaren und glacégaren Leder), nicht über 0,30 qm das Fell messend, werden die folgenden Preise als angemessen und höchstzulässig bezeichnet:

- I. 32,50 Mk.
 - II. 29,50 Mk.
 - III. 24,50 Mk.
 - IV. Sorte: 18,50 Mk.
- für 1 qm Maschinenmaß (Effeitmaß).
- Ungefärbte Leder müssen um 10,— Mk. für 1 qm niedriger bewertet werden.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Vertrauensmänneritzung für die Lederwarenbranche am 7. August im Gewerkschaftshause referierte Kollege Weinschild über: „Die Lederwarenindustrie in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Redner schilderte in eingehender Weise die Entwicklung der Industrie seit dem Jahre 1812, insbesondere ging er auf die spontane Steigerung im letzten Friedensjahrzehnt ein. Die Zukunftsaussichten hält Redner für günstig; ein Umstand, der uns zwingt, bei Aufnahme der Friedensarbeiten gerüstet zu sein, um die Rechte der Berufsgenossen zu wahren. Der Vehrungsausbildung, der Wiedereinstellung heimkehrender Krieger, der Heimarbeit und der Frauenarbeit muß nähergetreten werden, wozu der von den Mitgliedern geforderte Verbandstag oder eine Branchenkonferenz Gelegenheit geben wird. — Die Berichterstattung der Vertrauensleute ergab, daß zurzeit die Industrie gut beschäftigt ist. Leider fehlt es an Arbeitern und in der Heiserartikelbranche auch an Material.

Leipzig. (S. 5. 8.) Mitgliederversammlung vom 19. Juli. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Wiedereintritt ins Gewerkschaftskartell, 3. Verschiedenes. Zu Ehren der verstorbenen Mitglieder Förster und Eichler erheben sich die Kollegen von ihrem Plätzen. Der Kassierer gab hierauf den Kassenbericht. Zu sehen ist hieraus, daß durch den klauen Geschäftsgang im letzten Vierteljahr der Mitgliederbestand um ein beträchtliches zurückgegangen ist. Der Mitgliederbestand betrug im letzten Quartal 358 männliche und 727 weibliche, im vorherigen Quartal 358 männliche und 767 weibliche Mitglieder. Stärker waren in diesem Quartal die Krankmeldungen. Anschließend hieran bat der Kassierer, daß bei Krankmeldungen die Mitglieder ein ärztliches Zeugnis vorzulegen haben und nicht, wie schon häufig, eine Postkarte ins

Bureau geschickt wird. Zu dem sehr ausführlichen Bericht wurde das Wort nicht gewünscht. Da auch keine Revisionen anwesend waren, wurde dieser Punkt zurückgestellt. Zum zweiten Punkt: Wiedereintritt in das Gewerkschaftskartell, berichtete Kollege Döhler. Nach längeren Ausführungen in dieser Angelegenheit empfahl er den Wiedereintritt in das Kartell. Er hofft dadurch, daß die bisherige Minderheit dann zur Mehrheit werde und die Gewerkschaften, welche, mit Ausnahme einer, ebenfalls beschlossener haben, dem Kartell wieder beizutreten, einen starken Druck auszuüben vermögen. Nachdem die Vorstandsmitglieder und Kollegen sich ebenfalls für den Wiedereintritt aussprachen, wurde einstimmig beschlossen, dem Kartell beizutreten.

Den Volkshausbericht gab hierauf Kollege Zeidler. War 1915 nichts Günstiges zu verzeichnen, so brachte 1916 eine kleine Verbesserung; wesentlich besser war das Jahr 1917. Für die wenig bemittelte Bevölkerung gab die Geschäftsleitung des Volkshauses täglich Suppen aus, welche gern entnommen wurden.

Zum dritten Punkt, Gewerkschaftliches, machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß bei Instandsetzungsarbeiten oder bei Mietlöhnen, wo Unklarheiten bestehen, die Kollegen sich ins Bureau bemühen möchten, um genaue Auskünfte zu erhalten. Kollege Freigang machte auf die Differenz beim Mieten der Patronentaschen aufmerksam. Geplant ist ein Ausflug nach dem Riffhäuser am 18. August. Kollege Döhler sprach lebhaft für Abhaltung eines Verbandstages, mehrere Mitglieder sind gleicher Meinung. Zu ersehen ist hieraus, wie notwendig es ist, daß dieser Verbandstag zustande kommt, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich einmal über innere Verbandsangelegenheiten zu unterhalten, ebenfalls um über die ungeheure Teuerung zu sprechen. Ueber den bisherigen Schriftführer wurde lebhaft Klage geführt, da er wiederholt ohne jede Entschuldigung nicht anwesend war. Es wurde beschlossen, den Kollegen Kutscher seines Amtes zu entheben. Einstimmig wurde Kollege Reibert neugewählt. Eine lebhafteste Debatte setzte über den in der „Sattlerzeitung“ gebrachten Artikel „Ludendorffspende“ ein. Mehrere Redner sprachen sich scharf gegen den vom Zentralvorstand gebrachten Artikel aus. Derartige Artikel über die Köpfe der Mitglieder hinweg sollten keineswegs geduldet werden. Zum Schluß wurden zwei Resolutionen eingebracht:

I. „Die heute im Volkshaus tagende Mitgliederversammlung beauftragt den Zentralvorstand, angesichts der sich sprunghaft erhöhenden Lebensmittelpreise unverzüglich Schritte in die Wege zu leiten, die geeignet sind, durch evtl. Erhöhung der Stücklohnpreise oder Teuerungszulagen einen Ausgleich in der sich immer mehr und mehr verbundenen Lebenshaltung aller in der Lederausstattungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen.“

II. „Die Versammlung erachtet es als unbedingt notwendig, die Abhaltung eines Verbandstages herbeizuführen, da sich in den Mitgliederkreisen eine immer mehr und mehr steigende Mißstimmung bemerkbar macht, um diese baldigt zu beseitigen.“

Magdeburg. (S. 8. 8.) Donnerstag, den 1. August, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde von dem Revisor geprüft und alles in Ordnung gefunden. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Beitragserhöhung: Der Beitrag für weibliche Mitglieder wurde wegen Bestreitung der allgemeinen Umkosten von 40 auf 50 Pf. pro Woche einstimmig erhöht. Unter Punkt „Gewerkschaftliches“ wurden in zwei Betrieben Zustände festgestellt, welche eigentlich nicht vorkommen dürfen. Die Fälle wurden, soweit wie möglich, geregelt. Wegen Einberufung zweier Schlichtungskommissionsmitglieder wurden die Kollegen Paul Hundt und Gustav Berkh gewählt. Die Versammlung war von 35 Personen besucht.

Soziales.

DWA. Großzügiges städtisches Vorgehen gegen die Wohnungsnot. Angesichts der vielerorts schon vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot ist es dringendes Bedürfnis, sich über die mannigfaltigen, zur Abhilfe möglichen Wege klar zu werden. Wer dieses Bedürfnis fühlt, der greife getroßt zu der Denkschrift der Stadt Dortmund „über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot“, die der Magistrat Joseph der Stadtverordnetenversammlung zur Begründung zahlreicher Anträge vorgelegt hat: er wird aus dieser Denkschrift reichste, aus der Fülle der Praxis geschöpfte Belehrung über das ganze drängende Problem finden, und zugleich wird sich vor ihm das erfreuliche Bild

einer mit ganz außerordentlicher Tatkraft und großer Sachkenntnis gegen das Uebel ankämpfenden Stadtverwaltung entfalten. Auf den verschiedensten Wegen ist man in Dortmund bemüht, diesem Kampf zu führen. Einmal ist man nachdrücklich auf die möglichste Ausnutzung der bereits vorhandenen Gebäude bedacht, aber das Ergebnis wird voraussichtlich doch nur ziemlich schmal sein. Sodann hat man sich auch der Kupferrückbildung der militärischen wie der industriellen Baracken zugewandt, aber hier ist das Ergebnis fast gleich Null. Auch die Schaffung von Kleinhäusern auf der Grundlage neuer vereinfachter Bauverfahren und Baustoffe (z. B. Kesselfasche, Steine- und Lehmrauhbau) hat die Stadtverwaltung Dortmund einer Prüfung unterzogen, und ein besonderes Preisauschreiben hierfür sowie die Errichtung von Probebauten sollten in die Wege geleitet werden. Als Hauptabhilfsmittel hat sich auch in Dortmund vorderhand die Errichtung von massiven Neubauten ergeben, und hier kommt der Wohnungsfürsorge der Stadt die bevorstehende umfassende Bautätigkeit der industriellen Werke sowie auch gemeinnütziger Körperschaften zustatten. Es ist indes reizvoll zu sehen, wie auch hier die Stadt auf die mannigfaltigste Weise fördernd und stützend eingreift oder eingzugreifen gedenkt; durch Gründung einer besonderen großen gemeinnützigen Dortmund-Errichtungsgesellschaft, durch eine Sonder-Beauftragtenverordnung für Kleinhäuser, Beschaffung von Baumaterial, Gewährung von Zuschüssen und Bürgschaften, eigene Bautätigkeit, Uebernahme von Straßenkosten, Befreiung von der Umjahtsteuer usw. Vielleicht wird man nach dieser oder jener Richtung noch einen Wunsch auf Ergänzung oder Ausbau des Dortmunder Vorgehens haben können, aber im ganzen wird wohl kein Freund des Gemeinwohls die Dortmund-Errichtungsgesellschaft aus der Hand legen ohne ein starkes Gefühl der Verliebtheit darüber, wieviel ein gut geleitetes Gemeinwesen doch auch gegenüber dem schwereren Uebel der Wohnungsnot in der jetzigen sorgenvollen Zeit vermag.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder

Hans Neubauer, Dresden, 25 Jahre alt.
Karl Teyhmann, Mühlheim-R., 25 J. alt.
Karl Schöffmann, München, 33 Jahre alt.

Magdeburg. Im Alter von 80 Jahren ist unser Mitglied Lorenz Glomann verstorben.

München. Im Lazarett Karlsruhe verstarb unser Mitglied J. Mehringer, 43 Jahre alt. Am 28. Juli verunglückte auf dem Griezertplatz unser Mitglied Konrad Scheidl und verstarb im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Tresorsteppmaschine

kauft Braun, Berlin-Reinickendorf, Schillingstraße 11.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahleisen bei schwerer Arbeit Kerger und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probeahle kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch
Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6.

Durch jede Buchhandlung und durch den Verlag von Joh. Sassenbach, Berlin 16, ist zu beziehen:

Joh. Sassenbach: Die heilige Inquisition.
Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche 60 Pfennig.

Joh. Sassenbach: Die Freimaurerei.
Ihre Geschichte, Tätigkeit und innere Einrichtung. 1 Mark.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.

Preislisten S. P. gratis und franko.